



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Thurgau

Frauenfeld, 19. Oktober 2023

## **Vernehmlassungsantwort der SP Thurgau zur Teilrevision des Steuergesetzes**

Sehr geehrte Damen und Herren des Departement für Finanzen und Soziales des Kantons Thurgau

Gerne nehmen wir zur Teilrevision des Steuergesetzes im Rahmen der Vernehmlassung als Partei Stellung.

Die aktuelle finanzielle Lage des Kantons ist besorgniserregend; sie zeigt sich unter anderem an dem enormen Rückstau bei den Veranlagungen. Nachdem man jahrelang versucht hat, diese zentraler beim Kanton vorzunehmen, muss man jetzt aufgrund eines Ressourcenmangels wieder zurückbuchstabieren. Der jetzt vorliegende basiert auf dem Prinzip Hoffnung, ist kurzfristiger Natur und ohne eine längere Perspektive. Das grundlegende Problem wird einfach auf die Gemeinden verteilt.

Dennoch unterstützt die SP Thurgau die neue Entschädigungsregelung. Mit zusätzlichen Mitteln für die, die mehr veranlagen, kann die aktuelle Ressourcenlage kurzfristig entschärft werden. Das grundsätzliche Problem der enormen Verzögerungen bei den wird jedoch nicht gelöst.

Freundliche Grüsse

Yves Müller



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Thurgau

Unsere Kommentare zur Ausgangslage:

Der Veranlagungsstand im Kanton Thurgau ist auf einem historischen Tief. In einer Medienmitteilung der Steuerverwaltung vom 15. Mai 2023 wird erklärt, dass die Steuerveranlagungen länger als üblich auf sich warten lassen, sei durch verschiedene Faktoren bedingt. Einerseits fehlen dem Departement für Finanzen und Soziales wesentlich finanzielle Ressourcen, um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Andererseits liegt ein Teil des Problems bei der noch ungenügend fortgeschrittenen Digitalisierung. So stiess man bereits mit der Einführung einer neuen Steuer-Software an die Grenzen.

Die Lösung wäre einfach, sie muss aber auf politischem Weg erfolgen: Der Kanton braucht mehr finanzielle Mittel, um die tiefen Veranlagungsstände zu erhöhen.

Unsere Kommentare zur neuen Entschädigungsverordnung:

Mit der hier vorgeschlagenen Massnahme wird das Problem nicht gelöst. Dennoch sehen wir darin die Möglichkeit, mindestens kurzfristig Verbesserungen zu erzielen. Indem die Gemeinden zu stärkerem Engagement im Veranlagungsbereich animiert werden, finden gewisse Dienstleistungen näher bei den Leuten statt. Gerade im Fall von Steuern kann das auch Vertrauen schaffen, da die Steuerexpert:innen direkt in der Gemeinde sind.